

Vossische



Zeitung

10 Pfennig

Gründet

1704

Mit

Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard Vornau.
Red. im Ann. d. Handelt. I. V. Dr. Sven v. Müller: Bis
Urv. Manuskripte werden nur zurückge., wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Verlags-Zentrale Ullstein: Am Dönhof (A 7) 3800-3665,
für den Parerverkehr Am Dönhof 3668-3698. Telegramm-
Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 066.

Brüning dringt auf Entscheidung

Der Reichspräsident wird sich am 18. Juli ins Abenland begeben, die meisten Mitglieder der Regierung werden sich ihm anschließen. Diese Beschlüsse sollen den Abschluß der parlamentarischen Sommerkampagne bedeuten, den Beginn der Ferien bis zum Spätherbst. Bis zum 18. Juli soll also der Etat für 1930 erledigt, sollen die Bedingungsanfragen verabschiedet sein. Daran erklärt sich der Reichspräsident, mit dem der Kaiser jetzt die Verhandlungen mit den Parteien betreibt. Seitdem die nächste Konferenz mit den Fraktionsführern, heute mittag Kabinettsitzung, am Nachmittag Beratungen der Fraktionen, nachher am Abend wieder Kabinettsitzung ist ein Sturm-Tempo, an dem Regierung und Fraktionen sich zwingen.

Die Regierung hat gestern die Einwendungen der Fraktionsführer gehört und wollte heute im Beratungszimmer des Kabinetts sich darüber schlüssig machen, was sie zugestehen könne und was sie ablehnen muß. Wenn die Fraktionen ihre Replik überreicht haben, will das Kabinet die endgültige Entscheidung treffen und dann — es wird es wenigstens versuchen — die Verhandlungen als abgeschlossen ansetzen.

Das Wort hat nachher der Steuerminister, der auf morgen einberufen worden ist, die Regierung will es dem Reichstag über-

lassen, ob er den Bedingungsanfragen zustimme oder sie verwerft, auf jeden weiteren Versuch einer Schlichtung verzichten. Sollen die Vorlagen im Reichstag, so sollen sie bis zum 27. Juli 48 wieder aufkommen und als „Ratgeberungen“ aufgenommen werden. Von all diesen Mitteilungen ist die erste wichtige, daß endlich Schluß der Debatte kommen soll. Es ist finstlich, die Entscheidung immer weiter hinauszuschieben, wenn nicht die geringste Aussicht besteht, an die Stelle des Programms Dietrich ein anderes zu setzen, das besser gefällt und das eine größere Chance hätte. Mit den Bedingungsanfragen wie sie sind, erklärt sich das Zentrum einverstanden, wollen die Demotaten sich abfinden. Die Deutsche Volkspartei hat die alte, oft gehörte Situations wiederholt: Fixierung des Reichshaushalts zur Arbeitslosenversicherung, Bürgergebühren, weitere Reformen im Etat.

Es behandelte die Arbeitslosigkeit, die eine Katastrophe geworden ist, noch immer als einen Notstand, den man regulieren könnte. Aber sie rechnen noch selbst nicht damit, daß Regierung und Reichstag zu ihren liberaleren Zeitgenossen einer Steuerpolitik teillos zu sein und Amen sagen werden. Ueber die Festlegung auf den Reichshaushalt, die den Gemeinden aus ihren finanziellen Mitteln helfen soll, wird sich reden lassen. Aber im großen wird man am dem Programm Dietrich nicht mehr viel ändern können, ohne

den organischen Zusammenhang zu zerstören und es sollte zu bringen. Und dann ist jede Aussicht auf eine normale Deutung des Staatsbudgets vorbei.

Diese einseitige Ueberlegung schreibt wenigstens den in der Regierung vertretenen Parteien ihre Haltung vor. Auch ohne die Debatte mit dem Artikel 48 müßten sie sich endlich entscheiden, das Programm Dietrich gutzuheißen, wenn es auch nicht zu übersehender Schönheitsfehler hat. Die Sorge um die Stimmen, die zur Mehrheit fehlen, können Sie dem Kaiser überlassen, der bisher mit der Opposition noch keine Fühlung genommen hat, angeblich darauf auch verzichten will, weil ihm das „Junctum Nr. 2“ ausreichend dünkt.

Es ist auch nicht anzunehmen, daß alle Deutschnationalen die Deutung der Bedingungsanfragen, das ein Reformprogramm für die Agrarier hat, gebilligt werden. Eine glänzend parlamentarische Konstellation ist, da die Zustimmung der Sozialdemokraten zur Zeit wegen der Reform der Arbeitslosen-Versicherung nicht in Betracht kommt, auch durch weiteres Verhandeln nicht herbeizubekommen. Nach den heutigen Kabinetts- und Fraktions-Sitzungen wird man hoffentlich im übertragenen Sinne die stereotyp Formel des Reichstagspräsidenten anwenden: „Die Diskussion ist damit geschlossen, wie hätten zur Abmüdung.“

Moldenhauer

Es geht nicht um die Person, sondern um die Sache. Nicht um Moldenhauer, sondern um das Prinzip, das Prinzip.

Man kann sich vorstellen, mit dem Herrn Privat-Universitätswissenschaftler hat bei seinem Eintritt in die Regierung auf die Bezüge verzichtet, auch als Mitglied des Ausschusses für die G.-G.-Garten erhielt, auch eine Universitätskarriere ist wohl für den Augenblick beendet. Und ein vorläufiger Hausvater rednet mit der ihm schicklichen Möglichkeit. In einer Zeit des allgemeinen Abwandes und des Kampfes gegen das Gute kann ich nicht ein so verantwortungsvoller, aktiver und beweglicher Mann wie Dr. Moldenhauer nicht finden, daß seine Kräfte wieder Verwendung finden, sei es auf dem akademischen Feld, sei es in der Privatwirtschaft. Das Reichstagsmandat bringt gewiß einen netten Zufuß. Aber eine Lebensversicherung ist es auch nicht, zumal man nicht wissen kann, ob die Eiderung durch das Kleinwählerstimmen ausreicht. Die Republik ist freier recht großzügig mit der Gewährung von Pensionen versehen, wenn es sich um Minister handelt, die aus der Beamtenlaufbahn hervorgegangen sind. Mit diesem Brauch müßte gebrochen werden. Das Ministeramt ist im Volksstaat kein Beruf, sondern ein Dienst. Seine Träger sollen bei dem Ausscheiden aus dem Amt nicht schlechter dastehen als vorher. Aber auch nicht besser. Das ist der Sinn des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse des Reichstagsanführers und der Reichsminister, das im November Reichstagsrat erließ.

Dr. Moldenhauer wäre der erste gewesen, auf den es anzuwenden war. Dr. Moldenhauer hat der erste, der den Anspruch erhebt, das es ist ihn nicht angewandt werde, sondern daß die frühesten Bestimmungen gelten sollen, die dazu führen, daß er bei wohlwollendster Auslegung fast 30 000 Mark Pension erhalte.

Alles Gute Herrn Doktor Moldenhauer für seine weitere Zukunft. Aber das geht nicht, das ist unerträglich, dazu sind die Zeiten zu ernst, die Fortbewegung an die Opferbereitschaft aller Bürger zu groß.

Was wir in diesen Notzeiten brauchen, ist das Vertrauen der Massen des Volkes, daß man die Opfer nicht nur von ihnen verlange. Das gute Beispiel ist mehr wert als alle Ermahnungen, das gute Vorbild schlimmer, als alle Verheißung.

In Zeiten des Notopfers, immer neuer Steuerforderungen, immer größerer Anspannung aller Kräfte, hätten sich die Nachrichten über Steuerflucht. Und gleichseitig mit dem befohlenen Opfer, das der Beamtenlohn aufzuleist, wird beandwortet derselbe Minister, der eine zehnjährige Abgabe aus von den schlechtesten geteilten Staatsbediensteten fordert, einen möglichst hohen Zuschuß zu seiner lebenslänglichen Rente.

Sie können heute nicht allen Arbeitslosen das Erfindungs-Mittelmaß geben müssen, müssen jedem einen Teil auf die Finger legen, der sich die Vorteile gemeinnütziger Einrichtungen zu Unrecht zu verschaffen sucht. Das alles muß sein. Aber es kann nur sein, wenn die Arbeitslosenente der obersten Stufe, die Ministerpension, nicht anders behandelt wird.

Dies bezieht: es geht nicht um die Person. Um den Spielball des Vertrauens, das alles mit rechten Dingen zugeht, daß die Not der Zeit an seinem Haus, vor seinem Haus halt macht.

Freundschaftsvertrag Budapest—Wien

Schobers Verhandlungen

Budapest, 9. Juli | Ullstein-Nachrichtendienst

Bei den Besprechungen, die der österreichische Bundeskanzler Dr. Schöber mit dem ungarischen Ministerpräsidenten, dem Außenminister und dem Handelsminister gestern hatte, wurden alle gemeinsamen Fragen durchgesehen. Die volle Uebereinstimmung, die dabei erzielt wurde, bricht sich in der offiziellen

Äußerung aus, daß der im Jahre 1923 zwischen den beiden Staaten abgeschlossene Schöbers-Vertrag durch einen Freundschaftsvertrag noch ergänzt werden soll.

Ferner ist beschlossen worden, einen gemeinsamen Ausschuss einzusetzen, der die Möglichkeiten unteruchen soll, wie die beiden Staaten wirtschaftlich zu beiderseitigem Vorteil zusammenarbeiten können.

Seite vormittag ist auch der bulgarische Ministerpräsident Staphidoff in Budapest eingetroffen.

Das verhehlte Trier

Trier, 9. Juli | Ullstein-Nachrichtendienst

Wieder sind in Trier Besprechungen vorgenommen. Wie schon in den beiden vorherigen Nächten gegen acht gegen nachts „Nachtkonferenzen“ durch die Stadt. Sie verlaufen, in ein großes Lebensmittelgeschäft einbringend, wurden aber diesmal durch die Polizei von ihrem Vorhaben abgehalten. Dafür führten sie am Marktberg eine Villa, deren Inneneinrichtung sie völlig zerstörten. Der Besitzer der Villa hat mit den Separatisten nicht das geringste zu tun gehabt. Außerdem wurden in der vergangenen Nacht in den Wohnungen und Häusern einige bekannter Sonderbediensteter durch Steinwürfe die Fenster-scheiben eingeworfen.

Wegen 2 Uhr nachts gelang es der Polizei, die Aufseher zu greifen. Diesmal wurden auch einige Verhaftungen vorgenommen. Das Innenministerium hat die Ausrichtung der Polizei mit Arabieren angeordnet.

Schuldhaft ist der Vernehmung der Bevölkerung trägt ein nationalsozialistisches Blatt, das seit einigen Tagen hier erscheint, und in unverantwortlicher Weise die Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten auffodert.

Die „Germania“ hat am Montag abend den Besuch des französischen Botschafters beim Außenminister Curtius kommentiert und u. a. geschrieben: „Zunächst ist auch die hier und da geübte Vermutung, diese Uebelthaten seien organisiert und gingen von gewissen Verbänden aus. Soweit uns bekannt ist, handelt es sich um ganz spontane Bewegungen der Volkserregung.“

„Wissenschaft“ dringt sich die „Germania“ einmal bei ihren Trierer Freunden, was das für eine „spontane Volkserregung“ ist, die sich im frommen Trier nun schon die dritte Nacht in Minderungen von Wohnungen und Geschäften äußert.

Berlin gegen Beratungsfelle

Der Magistrat der Stadt Berlin brachte in seiner heutigen Sitzung die erwünschten Beschlüsse gegen den Entwurf der neuen Richtlinien für die Beratungsfelle zum Ausdruck. Abgesehen

dadon, daß dieser Entwurf in schwerster Weise gegen die Grundsätze der Selbstverwaltung verstößt, mache er jede wirtschaftliche und finanzielle Betätigung der Gemeinden unmöglich. Die dadurch bedingte weitere Einschränkung der von den Gemeinden möglichsten Aufträge müßte zu einer schweren Erschütterung der gesamten deutschen Wirtschaft führen. Der Magistrat wird deshalb bei den zuständigen Stellen schriftlich und mündlich vorfeldig werden.

Das neue Filmzensurfesetz

S i m Reichstagsausschuß angenommen

Der Bildungsausschuß des Reichstags, der sich heute mit dem Gegenstand zur Aenderung der Filmzensurgesetz befähigt, nahm den Paragraphen 1 der Regierungsvorlage unangetastet an. Dieser Paragraph besagt, daß Filme öffentlich nicht vorgeführt oder in Handel gebracht werden dürfen, wenn sie von den amtlichen Prüfungsstellen nicht zugelassen sind. Vorschriften zu Klubs, Vereinen und anderen geschlossenen Gesellschaften werden der öffentlichen Vorführung gleichgestellt. Vorführung von Bildstreifen zu ausschließlich wissenschaftlichen oder künstlerischen Zwecken bedarf sowohl im öffentlichen als auch als öffentlich anzusehenden Bildungen und Fortbildungsanstalten keiner Zulassung.

Radikale werden nicht mehr bestätigt

Nachdem das preussische Staatsministerium allen Staatsbeamten die Teilnahme an der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und der Kommunistischen Partei verboten hat, ist vom preussischen Minister des Innern auch die am 31. Januar ergangene Anweisung über die Nichtbestätigung von Kommunalbeamten, die diesen Parteien angehören, erweitert worden. In dem neueren Erlos wird bestimmt, daß Angehörige der N. P. D. und der K. P. D. N. P. die Bestätigung ausnahmslos zu verweigern ist.

